Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

[illegible] ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark, monatlich 2 Mark; durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr, einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Betriebsrat", „Der kommunistische Bauernschlucker", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Sieg" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-N., Hüttenstraße 3, 1. (Fernsprecher: 17 294) ★ Redaktion: Dresden-N., Hüttenstraße 3, 1. Sprechstunden der Redaktion: täglich nachmittags von 4—6 Uhr. Sonnabends von 4—5 Uhr ★ Postscheckkonto: Nr. 11 855 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreise: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigen, 60 Goldpfennige für die Reklamezeile, entsprechend an den [illegible] Zeichnungen ★ Anzeigen sind vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang — Mittwoch, 17. Juni 1925 — Nummer 54

Nieder mit dem Kriegsbündnis gegen Sowjet-Rußland

Es lebe die Einheitsfront des deutsch-russischen Proletariats!

Berlin, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach den letzten Meldungen soll die gestern überreichte Sicherheitsnote erst am Freitag veröffentlicht werden. In der französischen Presse, die bereits Stellung nimmt, kommt der Charakter des Garantiepaktes als Bündnispakt gegen Sowjet-Rußland unzweideutig zum Ausdruck. Ein offiziöser Artikel im Pariser „Ceu" vom 15. Juni spricht sehr deutlich und unumwunden **aus, daß der Pakt, wie jeder Pakt europäischer Mächte gegen die Sowjetunion gerichtet sei. Alle Weltmächte müßten sich gegen den wachsenden bolschewistischen Einfluß, der sich unter anderem auch in China und Marokko zeige, zusammenschließen.** Die Sowjet-Regierung, so führt das Pariser imperialistische Organ aus, dürfe das große Werk der Annäherung der zivilisierten Nationen nicht hintertreiben. Es wird sich eines Tages spontan eine internationale Solidarität gegen die kommunistische Gefahr bilden.

Die „Humanität" bestätigt durchaus unsere Befürchtungen, indem sie in bezug auf den Garantiepakt schreibt, daß die englische Diplomatie unerhörte Anstrengungen mache, um **Deutschland zur Annahme des Paktes und damit zur Ablehnung des Rapallo-Vertrages zu bewegen. Innerhalb des Paktes würden die Gegensätze** zwischen den einzelnen Mächten fortdauern. **Das gemeinsame Ziel bestehe lediglich darin, eine gemeinsame Front gegen Rußland zu schaffen.**

Die DAZ. schreibt in großer Aufmachung: **Englands letztes Ziel, die Einheitsfront Europas gegen Rußland.**" Deutlicher kann die kapitalistische Reaktion ihre wirklichen Absichten mit dem angeblichen Friedensinstrument „Garantiepakt" nicht enthüllen.

•

Die bisher über den Sicherheitspakt vorliegenden Meldungen zeigen den Arbeitern Deutschlands schon die Bedeutung dieses Abkommens. Der Zusammenschluß der europäischen Mächte gegen die Sowjet-Union. Kein Friedens-, wie die SPD.-Führer den Arbeitern glauben machen wollen, sondern ein Kriegsbündnis wird abgeschlossen.

Die Vorschläge zu dem Pakt gingen von der Stresemann-Luther-Regierung aus. Diese unterbreitete im Angebot, die Westgrenze nach den Bestimmungen des Versailleservertrag anzuerkennen und mit Polen Verhandlungen wegen einem Teil des Korridors zu führen. Das Rheinland sollte also geopfert werden. Selbstverständlich wird man auch im Osten nichts erhalten. Diese Vorschläge wurden von den englischen und französischen Vertretern geprüft darauf, ob sie den Plänen der englischen oder französischen Imperialisten dienen.

Welche Vereinbarungen dabei zwischen England und Frankreich getroffen wurden, wird die deutsche Arbeiterschaft wohl nie erfahren. Fest steht aber, daß die Militärbündnisse Polen und der Tschechei nicht angetastet werden. Deutschland soll bedingungslos in den Völkerbund eintreten. **Der Durchmarsch der Truppen durch Deutschland erlaubt werden.**

Die Annahme des Sicherheitspaktes durch die „Retter"-regierung bedeutet die Herstellung der geschlossenen Kriegsfront gegen Rußland. Die monarchistische Regierung Hindenburg-Luther kämpft nicht gegen die Räuber des Westens. Der Marsch gegen Rußland rückt näher heran. Die deutschen Arbeiter müssen diese Politik der Imperialisten Frankreichs, Englands und der deutschen Schwerindustrie durchkreuzen, indem sie den Anschluß an die Einheitsfront mit den russischen Gewerkschaften herstellen. Den Kampf aufnehmen zur Niederwerfung der Ausbeuter.

Gegen das Bündnis der Imperialisten

Die Einheitsfront der deutschen und russischen Arbeiter.

Die Unternehmer drohen mit Sabotage der Produktion

Düsseldorf, den 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Industriegebiet haben die Schlichtungsinstanzen einen Schiedsspruch für die Hüttenindustrie gefällt, nachdem die Hüttenarbeiter erst nach teilweiser Durchführung des Drei-Schichtensystems in kürzere Arbeitszeit jedenfalls ungefähr das verdienen wollen, was sie vorher bei längerer Arbeitszeit verdienten. Die Unternehmer laufen Sturm und drohen mit Sabotage der Produktion. Die „Deutsche Bergwerkszeitung" vom 16. Juni schreibt darüber: „Wenn auch die Industrie von dem ihr unterstellten Gedanken aus innerem Verantwortungsgefühl heraus zurückschrecken wird, so ist damit aber noch lange nicht gesagt, daß nicht eines Tages durch höhere Gewalt der Pulsschlag der rheinisch-westfälischen Wirtschaft sich mehr und mehr verlangsamt und gar eintreten wird, wogegen man sich zurzeit noch mit allen Fasern sträubt."

Die Hindenburg-Regierung gibt etwas fürs Gemüt

Die Telunion meldet vom 16. dieses Monats: Im Reichstag wurde heute der Antrag des Haushaltausschusses, den 18. Januar zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes zu bestimmen, mit 193 gegen 138 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten nur die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Völkischen und ein Teil der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Nach dem die Hindenburg-Wähler um die Aufwertung betrogen werden, erhalten sie wenigstens eine Konzession für ihr patriotisches Herz. Jetzt werden sie sicher zur Stange halten.

Reichsbanner-Einladung an Hindenburg

Berlin. Die Mittags- und Abendpresse meldet eine für 9. bis 11. August angesetzte große Verfassungsfeier des Reichsbanners, zu der auch Hindenburg und die Reichsregierung eingeladen sind. Als Vertreter der Luthertregierung wird der Innenminister Schiele besonders erwähnt. Nach unseren Informationen ist in der Frage der Einladung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung die Entscheidung noch nicht endgültig gefaßt, sondern infolge von Widerständen vertagt worden. Die Rechtspresse polemisiert heftig gegen das Reichsbanner und stellt die Einladung an Hindenburg als eine Art Taktlosigkeit dar.

Nachdem die Reichsbannerhäuptlinge den General so ehrfurchtsvoll begrüßt haben, ist die Einladung doch eine Selbstverständlichkeit. Die Arbeiter im Reichsbanner sollen sich aber schnellstens von den Führern trennen, die Einheitsfront mit dem General machen.

Immer neue Selbstmorde in Polizei und Reichswehr

Am 2. Juni erschoß sich der 20jährige Polizeiobermachtmeister Hugo Fischer von der ersten Bereitschaft der Polizei-Inspektion Berlin-Tempelhof. Fischer war Kriegsteilnehmer und hatte sich in den Feldzügen ein Nervenleiden zugezogen. — der ersten Juniwoche fanden in dem sächsischen Reichswehrregiment Nr. 10 wieder drei Selbstmordversuche von Reichswehrsoldaten statt. Einer davon verlief tödlich. Die amtliche Stelle bestätigt nur zwei dieser Selbstmordversuche, von dem dritten sei ihr „nichts bekannt". Wie üblich findet sich in der amtlichen Erklärung der Satz, daß die Untersuchung „in der Schwebe" sei. — Am 9. Juni erschoß sich in der Nähe Magdeburgs vor den Augen seiner Braut der Unteroffizier Schmidt von der 11. Kompagnie des 12. Infanterie-Regiments. Als der Offizier vom Ortsdienst am Tatort erschien, hatte sich inzwischen auch die Braut eine Kugel in den Kopf gejagt.

Die sich dauernd steigernde Selbstmordzahl in Polizei und Reichswehr sind eine ungeheure Anklage für die dort herrschenden Zustände. Die bedauernden schönen Reden der Behörden und Parlamente werden diesen Katastrophen kein Ende machen, wenn sich nicht die Betroffenen selbst ernstlich mit etwas mehr Mut für ihre Existenz einsetzen.

Haussuchungen in München

München, den 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

In den Räumen der „Neuen Zeitung" wurde gestern Haussuchung nach verbotenen Druckschriften durch die Polizei vorgenommen. Gefunden wurde nichts.

Staatsbürgerliches Lumpengesindel

Leipzig, den 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Mecklenburger Spitzelprozeß kam es zu einem Zwischenfall, der die Gesinnungsfassung des Staatsgerichtshofes mehr als kennzeichnet. Als Rechtsanwalt Dr. Herzfeld den Spitzel als Lumpen bezeichnete, antwortete der Vorsitzende Heppner aufgeregt: „Herr Rechtsanwalt, die Leute haben nur ihre staatsbürgerliche Pflicht getan."

Der Spitzel bei der Arbeit

Kämpft die Sabotage der Verbandsbureaukraten nieder!

Auf der letzten Generalversammlung am Donnerstag den 11. d. Mts. in Dresden haben die Metallarbeiter einen Antrag angenommen, auf dem Gewerkschaftskongreß die Entsendung einer Delegation nach Sowjetrußland zu verlangen. Dieser Beschluß zeigte, daß die Arbeiter trotz aller Hetze, daran interessiert sind, wie es in dem Lande der Arbeiter und Bauern aussieht. Die deutschen Arbeiter fühlen, daß die Sanierung in Deutschland in allen Fugen zu krachen beginnt. Sie fühlen noch nicht klar und bewußt, aber instinktiv, daß die Politik der SPD. und der Gewerkschaftsführer die Arbeiter immer tiefer in den Abgrund treibt.

Daß die Arbeiter noch nicht bewußt und entschlossen kämpfen, zeigt die Tatsache, daß ein anderer Antrag, den Anschluß an die russischen Gewerkschaften zu vollziehen, von denselben Arbeitern abgelehnt wurde. Natürlich ist diese Ablehnung auf die Bearbeitung der Gewerkschaftsbonzen zurückzuführen. Alle Mittel mußten herhalten, um die Ablehnung durchzudrücken.

Für uns gilt es jetzt, den Arbeitern klarzumachen, daß diese von den Gewerkschaftsführern betriebene Politik keineswegs den Interessen der Arbeiter entspricht. Noch glauben die Arbeiter ja, diese Handlungen der Verbandsbureaukratie seien in ihrem Interesse. Andernfalls würden die Arbeiter ja sicherlich eine solche Stellung nicht einnehmen. Wir Kommunisten wissen, daß eine solche Haltung nur den Kapitalisten in Deutschland und darüber hinaus den internationalen Räubern des Westens dient. Wenn wir aber die Arbeiter auf die Schandstreiche der Bureaukraten hinweisen und ihnen nur sagen, diese Bonzen sind Verräter, dann glauben sie uns das nicht und sie werden nur denken, wir wollten dem Verband, der Gewerkschaft schaden.

Wir müssen also den Arbeitern täglich, stündlich beweisen, daß die Bureaukraten Verräter sind. Dazu ist notwendig zweierlei:

1. daß wir den Arbeitern an den Erscheinungen und Vorgängen in Politik und Wirtschaft die theoretischen Beweise liefern;
2. daß wir die Bureaukraten zwingen, sich täglich an Hand von konkreten Tatsachen, bei Lohnkämpfen, bei dem Kampf um Schutzvorrichtungen, gegen die gesteigerte Ausbeutung, gegen schlechte Behandlung und Entlassung, als Verräter zu entlarven.

Nur so, wenn wir an Hand theoretischer Aufklärung und praktischer Erfahrung ernst, intensiv und gewissenhaft unter den Arbeitern tätig sind, können wir sie überzeugen, daß sie von den SPD.- und Gewerkschaftsführern betrogen und verraten werden. Nur so können wir die Führer von den Massen isolieren.

Stellen wir also die erste Frage: Ist der Anschluß der deutschen Gewerkschaften an das englisch-russische Komitee nur eine Sympathiekundgebung für Rußland, oder hat der Anschluß auch eine wirklich praktische Bedeutung für die deutschen Arbeiter?

Rußland ist das Land, wo die Arbeiter und Bauern gesiegt haben. Solange dieses Land als proletarischer Staat besteht, bildet es eine ständige Bedrohung für die imperialistischen Mächte. Ist doch sein Bestand ein ständiger Anreiz für die Arbeiter und Bauern anderer Staaten, dem Beispiel Rußlands, die Kapitalisten und Imperialisten abzuschütteln, zu folgen. Schon erheben sich die Kolonialvölker in Indien und Aegypten, in China und Marokko. Wie ein Magnet zieht das revolutionäre Rußland alle unterdrückten und geknechteten Völker an. Was liegt näher, was ist für die Imperialisten notwendiger, als daß sie alle Kräfte anspannen, Rußland niederzuwerfen.

Die Niederwerfung Rußlands würde, wenn es den Imperialisten gelänge (wir glauben, es wird ihnen nicht gelingen) ein ungeheures Anwachsen der Reaktion bedeuten. Der Druck auf die Arbeiter würde sich gewaltig verstärken. Aber abgesehen davon, abgesehen von der westlich orientierten Politik der deutschen Kapitalisten wird bei jedem Versuch des Marsches gegen Sowjetrußland Deutschland das Aufmarschgebiet sein. Die Leidtragenden werden dann die Arbeiter sein. Sie werden entweder nach den Absichten der deutschen Bourgeoisie das Schlachtvieh oder die Arbeitstiere sein.

So berührt die Frage des imperialistischen Marsches nach Rußland die deutschen Arbeiter sehr eng. Sie werden direkt betroffen. Wir müssen den Arbeitern zeigen, daß das nicht leere Phrasen sind, sondern ernste konkrete Tatsachen. Die frechen Vorstöße der imperialistischen Räuber, den Vormarsch der nationalen und internationalen Reaktion aufzuhalten vermag aber nur die international einige Arbeiterklasse. Die Front der internationalen Arbeiter aber ist zerrissen, der Osten noch von dem Westen getrennt. Weshalb? Nun, Lloyd George, ein Vertreter der englischen Imperialisten, hat in einem Artikel die Bolschewisten als die Parias der Zivilisation bezeichnet; als die Parias der bürgerlichen Gesellschaft, weil die Bolschewisten die Eigentümer und Kapitalisten enteignet haben. Die bürger-